



Banken halten sich nicht an Mindeststandards

20.11.2008

Österreichs Banken halten bei Kreditverträgen teilweise Mindeststandards nicht ein. Das ergibt eine erste Auswertung von Fremdwährungskrediten, die in den vergangenen Wochen bei den Konsumentenschützern der niederösterreichischen Arbeiterkammer eingelangt sind. Einige Vertragsklauseln dürfte es seit Jahren nicht mehr geben. AKNÖ-Vizepräsident Hermann Haneder fordert die Banken auf, sich wenigstens an die bestehende Rechtssprechung zu halten

AKNÖ-Konsumentenschützer Manfred Neubauer schüttelt den Kopf. „Ich frage mich, wieso Banken Klauseln in Musterverträge reinschreiben, die zum Teil schon vor Jahren vom Obersten Gerichtshof für unzulässig erklärt worden sind“.

Seitdem wegen der Finanzkrise Fremdwährungskredite (zwangs) konvertiert werden oder den Kunden hohe Zusatzspesen verrechnet werden, haben der AKNÖ zahlreiche Kunden ihre Verträge zugeschickt. „Wir haben bei vielen der Verträge gesehen, dass Zinsen auf Viertelprozentpunkte aufgerundet werden. Das ist seit einem OGH-Urteil 2003 nicht mehr erlaubt. Und besonders beliebt sind offenbar Klauseln, die nur der Bank Vorteile einräumen, nicht aber dem Kunden“. Wenn sich der Kredit verteuert, habe das der Kunde zu zahlen.

„Dass der Kunde weniger zahlt, wenn es billiger wird, steht nicht im Vertrag“. Ebenfalls eine verbotene Praxis.

Klauseln auch in heuer abgeschlossenen Verträgen

Das erinnert an die Zinsgleitklauseln, gegen die die AKNÖ Jahre lang erfolgreich gekämpft hatte. „Das läuft offenbar unter dem Motto: Probieren wir's halt. So lange die Fremdwährungskredite funktioniert haben, ist es auch niemandem aufgefallen“, kritisiert Neubauer. Die meisten Klauseln seien für KreditnehmerInnen, die sich nicht jahrelang mit dem Thema beschäftigt haben, nur schwer verständlich. „Und wer hat schon Bankkredite als Fachgebiet? Für viele Menschen war es nicht ersichtlich, was sie da unterschrieben haben.“ Die unfairen und unverständlichen Klauseln würden den Kunden jetzt auf den Kopf fallen, kritisiert Neubauer. „Wir reden da offenbar nicht von Einzelfällen, weil Kreditverträge meist genormte Vertragstexte sind“, zeigt er sich verärgert. Betroffen seien nicht nur ältere Verträge: „Die auf Viertel Prozentpunkte aufgerundeten Zinsen oder die einseitigen Vorteile finden wir auch in jungen Verträgen, einige Klauseln sind sogar in heuer abgeschlossenen Krediten drinnen“.

AKNÖ-Vizepräsident Hermann Haneder fordert die Banken auf, sich wenigstens an die bestehende Rechtssprechung zu halten: „Es kann doch nicht sein, dass man wieder auf dem Gerichtsweg Dinge entscheiden muss, die schon längst entschieden sind. Das kostet die KonsumentInnen Zeit und Nerven. Und bis das gerichtlich ausgestanden ist, holen sich die Banken weiter ihr Körbergeld von den Betroffenen“.
